

Maßnahmesteckbrief

3.2 Wald – Ausweisung von Altholzinseln/Prozessschutzinseln

1 Kurzbeschreibung

In existierenden Altbeständen repräsentativer Baumarten der Nordvorpommerschen Waldlandschaft sollen über die gesamte Kerngebietsfläche verteilt dauerhafte Altholzinseln/Prozessschutzinseln eingereicht werden. Während die Größe der Altholzinseln nach den Vorgaben der Alt- und Totholz-Richtlinie der Landesforst in Mecklenburg-Vorpommern bei 0,2–5 ha liegt, sollen sie innerhalb des chance.natur-Projekts nach Möglichkeit größer sein.

2 Zweck der Maßnahme

Durch die Ausweisung von Altholzinseln/Prozessschutzinseln sollen in erster Linie die Alters- und Absterbephasen der Waldentwicklung unter Schutz gestellt werden.

Die zahlreichen Nischen an alten Bäumen sind Voraussetzung für das Überleben von Arten, die auf die geschützten Strukturen angewiesen sind. Dazu gehören Bewohner/Hersteller von Baumhöhlen (Schwarzspecht, Hohltaube, Waldkauz, Eremit, Feuerschmied etc.), Zersetzer von Starkholz (zahlreiche Arten der Insekten und Pilze) als auch Arten, die auf die Strukturierung des Raumes infolge von Alters-, Zerfalls- und Verjüngungsprozessen angewiesen sind. Durch die räumlich verteilte Anlage soll die Funktion als Refugium und Quellstruktur eine Aufwertung der gesamten Kerngebietsfläche sicherstellen.

Altholzinseln/Prozessschutzinseln ergänzen die wenigen größeren Naturwaldparzellen in den Kerngebieten durch ein Netz kleinerer Prozessschutzflächen im Wald. Als Gesamtnetz sind die Flächen auf Dauer angelegt. Im Einzelfall kann eine Verlagerung von Einzelflächen zur Optimierung der Schutzzielerreichung stattfinden.

3 Förder-Tatbestände

Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch Nutzungsaufgabe. Die Arrondierung von Flächen zur Herstellung eines räumlichen Kontinuums kann in geringem Maße erforderlich sein.

4 Potenzielle Maßnahmeflächen / Räumliche Kulisse

Der grundlegende Unterschied zwischen dem Altholzinselbegriff der Landesforstanstalt (nach der Alt- und Totholz-Richtlinie des Landes M-V vom Dezember 2002) und dem durch das Projekt adaptierten und erweiterten Begriff der Altholzinsel/Prozessschutzinsel besteht in der Möglichkeit der Flächenverlagerung. Das Konzept der Landesforstanstalt geht grundsätzlich von einem rotierenden System aus, das eine erneute In-Nutzung-Nahme des Bestandes vorsieht, sobald der Schlussgrad des Altholzes den Wert von 0,3 unterschreitet. In diesem Fall wird gleichzeitig ein anderer geeigneter, flächengleicher Altholzbestand neu als

Altholzinsel etabliert. Diese Regelung dient der Belassung von erhöhten Alt- und Totholzanteilen im Wirtschaftswald unter Vermeidung des kompletten Zusammenbruchs dieser Bestände. Das naturschutzfachliche Ziel der Altholzinsel/Prozessschutzinsel im Sinne der Projektförderung ist ebenfalls die Erhöhung des Alt- und Totholzanteils, jedoch im Sinne eines langfristigen Prozessschutzes (analog den Naturwaldparzellen), da das sukzessive Vorhandensein geeigneter Altholzbestände (mit Biotopbäumen und Sonderformen) an anderer Stelle als Ersatz für die zusammenbrechenden Altholzinseln unsicher ist. Eine räumliche Verlagerung der Altholzinsel/Prozessschutzinsel soll daher die Ausnahme bleiben und nur möglich sein, wenn dadurch nachweislich die Erreichung von Waldnaturschutzzielen, insbesondere des Ziels „Alt- & Totholzschutz“, besser möglich ist als durch die Beibehaltung der Nutzungsaufgabe auf der bisherigen Maßnahmefläche.

Um geeignete Flächen für die Altholzinseln/Prozessschutzinseln zu ermitteln, wurden die Kriterien der Alt- und Totholz-Richtlinie der Landesforst für die Ausweisung von Altholzinseln zugrunde gelegt. Für eine Einstufung als Altholzinsel/Prozessschutzinsel mussten die im Gebiet vorherrschenden Baumarten die in Tabelle 10.1 aufgeführten Eigenschaften nach dem Datenspeicher Wald aufweisen. Das Flächenverhältnis bei der Ausweisung der Altholzinseln/Prozessschutzinseln wurde aus der Verteilung der heimischen Baumarten abgeleitet.

Altholzinseln/Prozessschutzinseln aus Eschenbeständen weisen unter dem Einfluss des Eschensterbens die Gefahr des kurzfristigen Zerfalls der gesamten Altholzinsel/Prozessschutzinsel auf. Die aufkommende Dynamik kann jedoch als Chance betrachtet werden, wenn der Eschenanteil 50 % nicht überschreitet, so dass der verbleibende Baumbestand eine naturnahe Weiterentwicklung des Waldes übernehmen kann.

Tab. 1: Baumarten, Alter und Schlussgrade einer repräsentativen (200 ha großen) Altholzinsel/Prozessschutzinsel-Kulisse.

Baumart	Mindestalter (Jahre)	Schlussgrad	Flächengröße (Hektar)
Rotbuche	130	$\geq 0,6$	78
Gemeine Esche	110	$\geq 0,6$	37
Roterle / Schwarzerle	80	$\geq 0,6$	35
Stieleiche	170	$\geq 0,6$	34
Gemeine Birke / Sand-Birke	65	$\geq 0,6$	16

Durch das Projekt sollen 147 ha Altbestände in den 4 Kerngebieten der Nordvorpommerschen Waldlandschaft als Altholzinseln/Prozessschutzinseln ausgewiesen werden. Die Umsetzung erfolgt über einen Vertrag zum dauerhaften Nutzungsverzicht mit dinglicher Sicherung im Grundbuch. Die Wertermittlung basiert auf dem Verkehrswert des Aufwuchses.

Zusätzlich dazu stellt die Landesforstanstalt dem Projekt ca. 53 ha in ihrem Eigentum befindliche Altholzinseln auf Basis der Alt- und Totholz-Richtlinie kostenfrei zur Verfügung („2%-Regelung“). Diese Flächen sind in der Forsteinrichtung ausgewiesen. Die 53 ha Altholzinseln bleiben innerhalb des von der LFoA angewandten routierenden Systems dauerhaft bestehen.

Auf diese Weise können insgesamt 200 ha Altholzinseln/Prozessschutzinseln in der Nordvorpommerschen Waldlandschaft nutzungsfrei gesichert werden.

5 Spezifische Bedingungen / Varianten

Vor Umsetzung der Maßnahme sollte geprüft werden, ob alternativ der Kauf der Flächen möglich ist. Besonders im Klein- und Kleinstprivatwald sind noch nicht alle Potentiale bezüglich der Verkaufsbereitschaft der Flächeneigentümer ausgeschöpft. Wo immer möglich, können auch Selbstverpflichtungen und kostenfreie Überlassungen zur Ausweisung oder Arrondierung der Altholzinseln/ Prozessschutzinseln eingesetzt werden. Die rechtliche Sicherung der Flächen ist jedoch Voraussetzung für eine Einspeisung der Flächen.

6 Abgrenzung zu bereits vorhandenen Förderungen / Alternativumsetzung

Die Förderung zum Erhalt von Altholzinseln/Prozessschutzinseln ist in der „Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (Förderbereich Waldumweltmaßnahmen)¹ geregelt.

In FFH-Gebieten liegt die Mindestanforderung für einen „guten“ Erhaltungszustand von Wäldern auf mineralischen Standorten bei mindestens 1 % ausgewiesener Altholzinseln (Erhaltungszustand „sehr gut“ ab 2 %). Alternativ müssen mindestens drei Totholz-, Altholz- oder Biotopbäume je Hektar vorhanden sein. Für die Moorwälder 91D0 ist die Mindestanforderung für einen „guten“ Erhaltungszustand das Vorhandensein einer natürlichen Dynamik (zyklisches Absterben, lückige Raumstruktur) auf mehr als 50 % der Fläche. Sind Altholzinseln oder Altbäume im FFH-Lebensraumtyp des FFH-Gebiets ermittelt worden, gilt ein Verschlechterungsverbot.

7 Ausschlussatbestände

- Große Wasserstandsoptimierungsflächen mit perspektivisch absterbendem Bestand
- Bestände überwiegend nichtheimischer Baumarten
- Flächen, bei denen die Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht einen erhöhten Aufwand erwarten lässt

8 Sinnvolle / erforderliche flankierende Maßnahmen der RE

Information der Bevölkerung, um dem Vorwurf der Ressourcenverschwendung und Unordnung im Wald zu begegnen.

¹ Die EU-gestützten Förderprogramme stehen i. d. R. nur bis Ende 2013 zur Verfügung. Ob und in welcher Form ab 2014 vergleichbare Förderprogramme aufgelegt werden, ist derzeit noch nicht absehbar. Das Vorhandensein gegenwärtiger Förderprogramme sagt nichts über deren noch verfügbare budgetäre Ausstattung aus. Die Entscheidung über Zuwendungen aus solchen Förderprogrammen richtet sich ausschließlich nach den Regularien in den jeweiligen Förderrichtlinien.